

Den Anlaß für die Beschäftigung der UN-Hauptorganisation mit grenzüberschreitenden und globalen Umweltproblemen lieferten nicht die Ereignisse in der Dritten Welt, sondern besorgniserregende Untersuchungsergebnisse in den Industrieländern. Nach wissenschaftlichen Warnungen über den Zustand der Flüsse und Seen stellte Schweden den Antrag für eine UN-Umweltkonferenz, den die Generalversammlung der UNO im Dezember 1968 positiv beschied.¹²⁸ In den folgenden Jahren vollzog sich parallel zu der Konferenzvorbereitung ein weitreichender Perzeptionsprozeß von Umweltgefahren, der im Juni 1972 in der *United Nations Conference on the Human Environment* gipfelte.

Entscheidend war dafür die Tatsache, daß der neu ins Amt gelangte US-amerikanische Präsident Nixon den Umweltschutz auf eine Spitzenposition seiner politischen Agenda setzte. Danach geriet das Thema nicht mehr aus den Schlagzeilen, und die Forschungsergebnisse fanden die ihnen gebührende Resonanz. Auf der internationalen Ebene gingen der ersten Botschaft an den Kongreß einige wichtige Treffen im Rahmen der NATO voraus, deren Bedeutung von der Umweltgeschichte bisher nicht erkannt wurde.

4. Die „dritte Dimension“ der NATO

Am 6. November 1969 beschloß der NATO-Rat auf einer Sondersitzung, einen *Ausschuß zur Verbesserung der Umweltbedingungen* einzusetzen.¹²⁹ Diese Erweiterung der NATO-Aufgaben um eine „dritte Dimension“ ging auf die Anregung des US-Präsidenten Nixon zurück. **Nach dessen vielbeachteter Antrittsrede vom Januar 1969, in der das Thema Umwelt einen Schwerpunkt dargestellt hatte, betonte er bereits im April auf der Jubiläumstagung der NATO zum 20. Jahrestag ihrer Gründung, daß die Industrienationen keine dringendere gemeinsame Aufgabe hätten, als die, „den Menschen des 20. Jahrhunderts mit seiner Umwelt in Einklang zu bringen.“¹³⁰**

Im eigenen Land institutionalisierte Nixon die amerikanische Umweltpolitik kurz darauf durch die Vorlage des *National Environmental Policy Act*. Ein *Council on Environmental Quality* berät seitdem den Präsidenten in Umweltfragen; die *Environmental Protection Agency* (EPA) ist für die Umsetzung und Kontrolle der Umweltschutzgesetze zuständig.

Die NATO hielt der US-Präsident deshalb für geeignet, internationale Umweltschutzbemühungen zu initiieren, da sie im Gegensatz zu den meisten zwischenstaatlichen Organisationen direkt auf Regierungsebene Einfluß ausübte. Zudem hatte sie seit den fünfziger Jahren militärpolitisch effizient Wissens- und Technologietransfer betrieben. So war es nur folgerichtig, daß Generalsekretär Manlio Brosio auf der Gründungssitzung im Dezember die zukünftige Funktion des Umweltausschusses als „Markt der Ideen und Techniken auf diesem Gebiet“¹³¹ hervorhob. Die rechtlich-argumentative

128 Vgl. Michael Kilian, „Umweltschutz“, in: Handbuch Vereinte Nationen, hrsg. v. Rüdiger Wolf- rum, München 21991, S. 868–876, S. 869.

129 Vgl. hierzu auch im folgenden die laufend ergänzte Loseblattsammlung *Ausschuß zur Verbesserung der Umweltbedingungen* A 431 ab 11/69, in: Handbuch der NATO, Frankfurt am Main 1969 ff., S. 1–154, hier: S. 1. – Zahlreiche, zum Teil gekürzte Reden und Beiträge zu den ersten Ausschusssitzungen sind hierin abgedruckt. Dies deckte sich auch mit der Absicht der NATO, den Ausschuß vor den Augen der Öffentlichkeit arbeiten zu lassen. Vgl. ebd., S. 21.

130 Ebd., S. 5 f.

131 Ebd., S. 21.

Grundlage sah Brosio in Artikel 2 des Nordatlantikvertrages, wonach sich die Vertragschließenden verpflichtet hatten, zur weiteren Entwicklung friedlicher und freundschaftlicher internationaler Beziehungen beizutragen, indem sie die Voraussetzungen für innere Festigkeit und Wohlergehen schufen.¹³² Die Zerstörung der Umwelt gefährdete genau dieses „Wohlergehen“, wie am Beispiel der Vereinigten Staaten schon deutlich sichtbar war. Es galt, den Menschen vor den äußerst schnell wachsenden Nebenfolgen des technischen Fortschritts aktiv zu schützen. Auch ließ sich „Verteidigung“ als Hauptaufgabe der NATO, wie der Ausschußvorsitzende Gunnar Randers angab, nur bei geordneten gesellschaftlichen Verhältnissen durchführen.¹³³

Gemäß der Handlungsorientierung der NATO übernahmen mehrere Bündnispartner Modellprojekte über bestimmte Problemkreise wie die Luftverschmutzung. Das *Committee on the Challenges of Modern Society* sollte dafür sorgen, daß die Ergebnisse allen Mitgliedsländern, aber auch anderen interessierten Staaten zur Verfügung gestellt wurden. Außer mit Umweltfragen befaßten sich einige Projekte auch mit anderen Problemen der „modernen Gesellschaft“, wobei allerdings das erste deutsche Forschungsvorhaben mit seinem verwaltungstechnischen Schwerpunkt nicht typisch war. Der Parlamentarische Staatssekretär im *Auswärtigen Amt*, Ralf Dahrendorf, hatte sich dafür eingesetzt, die Nutzung wissenschaftlicher Ergebnisse zur politischen Entscheidungshilfe in Form einer Studie zu untersuchen.¹³⁴

Bereits bei der Gründungssitzung erläuterte der persönliche Berater Nixons, Daniel P. Moynihan, eindringlich die neuartige folgenreiche Bedrohung des ökologischen Gleichgewichts. Die Dynamik und Richtung der technischen Entwicklung mache die Vorstellung einer Gesellschaft des materiellen Überflusses obsolet und drohe die Menschheit zu vernichten.¹³⁵ Konkret verwies er auf die Zunahme des Kohlendioxidgehalts der Atmosphäre und auf den damit verbundenen „Gewächshaus-Effekt“, der schon in wenigen Jahrzehnten zu steigenden Temperaturen auf der ganzen Erde führen könne.¹³⁶

Moynihan, der später zum UNO-Botschafter der Vereinigten Staaten aufstieg, war eine Ausnahmefigur. Als Mitherausgeber des stark beachteten Buchs „Beyond the Melting Pot“ und als Direktor des *Center for Urban Studies*, einer Einrichtung die von der *Harvard University* und dem *Massachusetts Institute of Technology* finanziert wurde, hatte er sich in den Vorjahren stark für eine komplexe Behandlung von sozialen und Fragen der Städteplanung eingesetzt. Obwohl er der Demokratischen Partei angehörte und Vize-Präsident Hubert Humphrey unterstützt hatte, berief ihn Nixon im Dezember 1968 zunächst zum Koordinator des neuen *Council on Urban Affairs*.¹³⁷

Es ist wahrscheinlich, daß sich der Berater Nixons in seinen Aussagen zum Klimawandel auf den sogenannten Peterson-Report bezog, der im nächsten Kapitel beschrieben wird. Festzuhalten ist an dieser Stelle, daß die NATO bereits 1969 ihr neues informelles Gremium nutzte, um als bedeutsam eingeschätzte wissenschaftliche Theorien wie den Treibhauseffekt und den säurehaltigen Regen zu präsentieren und damit zu popularisieren. Mit Russel Train, Chairman des *Committee on Environmental Quality*,

132 Vgl. ebd., S. 19.

133 Vgl. ebd., S. 9. – Diese Aussage greift eher auf traditionelle sicherheitspolitische Denkmuster zurück.

134 Vgl. seine Rede auf der Gründungssitzung des NATO-Ausschusses in ebd., S. 28.

135 Vgl. den Abdruck seiner Rede in ebd., S. 23.

136 Vgl. ebd., S. 13.

137 Vgl. *Joseph Glazer, An Urbanologist in the White House*, in: BA Koblenz, B 142/5009.

und Christian A. Herter Jr., Beauftragter des Außenministeriums für Umweltfragen, delegierte Nixon in den folgenden Jahren hochrangige Vertreter in die Plenartagungen des Ausschusses. Somit gehört die NATO zu den ersten international bedeutenden Organisationen, die die Perzeption grenzüberschreitender und globaler Umweltprobleme auf hoher politischer Ebene beeinflussten und zum Teil wohl auch auslösten.¹³⁸

Wie aber reagierte die Regierung der Großen Koalition konkret auf den Vorstoß Nixons? Vertrauliche Akten aus dem Koblenzer Bundesarchiv und mehrere Äußerungen Brandts vor dem Bundestag belegen, daß die deutsche Bundesregierung der Initiative Nixons von Beginn an große Beachtung zollte. Nachdem der NATO-Rat im Mai 1969 Generalsekretär Brosio beauftragt hatte, die Haltung der Verbündeten zu sondieren, traf er am 6. Juni mit Kurt Georg Kiesinger zusammen. Der deutsche Bundeskanzler versicherte, daß die Bundesregierung bereit sei, ihren Teil zum Gelingen der Ausweitung der NATO-Aufgaben beizutragen, und übertrug dem Auswärtigen Amt die Aufgabe, unter Beteiligung mehrerer Fachressorts im Stillen eine erste nationale Stellungnahme zu erarbeiten.¹³⁹

Im Innenministerium wurde sofort eine umfangreiche sozial- und umweltpolitische Themenliste erarbeitet und die Überlegung angestellt, auf welchen umweltpolitischen Gebieten es die Federführung beanspruchen könnte. Schließlich hatte Brosio in seinem ersten Schreiben von originären Verschmutzungsproblemen und Klimafragen¹⁴⁰ über den Städtebau bis zu den sozialen Auswirkungen der industriellen Entwicklung eine ungeheure Bandbreite von Sachgebieten für die Behandlung im Rahmen der NATO vorgeschlagen. Da auf der ersten interministeriellen Referentenbesprechung im Auswärtigen Amt deutlich wurde, wie groß das Kompetenzgerangel zu werden drohte, kam man wegen der eminenten politischen Bedeutung darin überein, vorerst nur eine pragmatische Arbeitsteilung vorzunehmen, ohne die Kompetenzenfrage zu präjudizieren.

Ungeteilter Meinung war man weniger über die tieferen Ursachen als über die Wirkungen des US-amerikanischen Vorschlags. Im BMI wurde die Vermutung formuliert, daß die Initiative von Präsident Nixon wesentlich mit dem Debakel in Vietnam zusammenhänge. Die dortigen Verwicklungen politischer und militärischer Art hätten ge-

138 Auch *Manlio Brosio* äußerte sich auf der 4. Vollsitzung im April 1971, als Umweltschutz in Europa allerorten diskutiert wurde, in dieser Richtung. Vgl. Handbuch der NATO, A 431, S. 141. – Siehe hierzu, wenn auch diametral in den Folgerungen, *Knut Krusewitz*, Umweltkrieg. Militär. Ökologie und Gesellschaft, Königstein im Taunus 1985, S. 8.

139 Vgl. Vermerk betr. Vorschlag von Präsident Nixon zur Behandlung von Umweltproblemen durch die NATO v. 20.6.1969, in: BA Koblenz, B 142/5009. – Vgl. auch BT-Sten-Prot., 32. Sitzung von 1970, S. 1480.

140 Zu diesem Themenvorschlag der USA vermerkte die Arbeitsgruppe Raumordnung im BMG am 30.7.1969: „Die Arbeitsgruppe kam zu dem Ergebnis, daß aus fachlichen Gründen eine Notwendigkeit zur Erörterung der Wirkungen des zunehmenden Gehalts der Luft an Kohlendioxyd auf das Klima nicht besteht. In diesem Zusammenhang kam zum Ausdruck, daß sich zahlreiche andere internationale Organisationen bereits mit dem Problemkreis befassen. Falls aus politischen Gründen eine Behandlung des Themas in der NATO für erforderlich gehalten werde, so biete sich die Erörterung dieser Fragen im Rahmen des Punkt I.3, der NATO-Themenliste ‚Wetter- und Klimakontrolle‘ an.“ (gez. Graf Fink von Finkenstein). So schrieb das BMG an das Auswärtige Amt, daß der Kohlendioxidproblemkreis bereits von OECD, WHO, EWG und WMO erörtert worden sei. Die WMO habe die Bearbeitung des Problems übernommen und 1968 mit der Errichtung eines weltweiten Meßstellennetzes begonnen. Weitere Forschungen seien nicht nötig, da eine Umsetzung der Forschungsergebnisse in die Praxis erst zu einem sehr viel späteren Zeitpunkt möglich sein werde. In: BA Koblenz, B 142/5009.